

## VIETNAM

### Pastor seit mehr als drei Jahren inhaftiert

Zum „Gefangenen des Monats Oktober“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA den evangelisch-lutherischen Pastor Dinh Diem aus Vietnam benannt. Sie rufen dazu auf, für ihn einzutreten und zu beten.

Nachdem er seit 2017 schon von den Behörden geängelt und observiert worden war, nahmen Beamte der Provinzpolizei Dinh Diem am 5. Januar 2018 fest. Die Polizisten schlugen bei dem Einsatz seinen damals 11-jährigen Sohn, als dieser seinen Onkel, Diems Bruder, über die Festnahme verständigen wollte. Am 12. Juli 2018 erfolgte dann das harte Urteil: Ein Gericht der zentralvietnamesischen Küstenprovinz Quang Ngai verhängte gegen den Pastor 16 Jahre Gefängnis, weil er sich angeblich an Aktivitäten beteiligt habe, die sich gegen das kommunistische Regime richteten. Er habe sich in einer Gruppe Oppositioneller führend für den interreligiösen Dialog in Vietnam eingesetzt.

#### Musterbrief

Staatspräsident Nguyen Xuan Phuc  
Botschaft der Sozialistischen Republik Vietnam  
Elsenstraße 3  
12435 Berlin-Treptow  
Fax: 030/53630200

Sehr geehrter Herr Staatspräsident!

Ich wende mich heute in Sorge um den christlichen Pastor Dinh Diem aus der Provinz Quang Ngai an Sie. Der 59-jährige Familienvater befindet sich seit 5. Januar 2018 in Haft und wurde am 12. Juli desselben Jahres zu einer 16-jährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Das Gericht warf ihm oppositionelle Aktivitäten vor, was er selbst zurückweist. Diem geriet bereits seit 2017 ins Visier der örtlichen Behörden. Er wurde zuweilen daran gehindert, zu reisen und zu predigen. Mir liegen Informationen vor, denen zufolge er im Gefängnis gefoltert wurde, um ihn zu einem Geständnis zu zwingen.

Pastor Dinh Diem hat lediglich von seinem Recht auf Religionsfreiheit Gebrauch gemacht, welches Artikel 24 der vietnamesischen Verfassung von 2014 garantiert. Ich bitte Sie, auf die bedingungslose Freilassung Pastor Diems hinzuwirken.

Hochachtungsvoll

Musterbriefe in deutscher und englischer Fassung können Sie herunterladen:  
<https://www.religionsfreiheit-igfm.info>

Der 59-Jährige nahm als Schulkind 1968, wie auch seine drei Brüder, den christlichen Glauben an. Er und seine Familie bestrei-



FOTO: PRIVAT

#### Dinh Diem

ten die Vorwürfe. Im Gefängnis ist der Vater zweier Kinder gefoltert worden, um ihn zu einem Geständnis zu bringen. Der oberste Repräsentant der Lutherischen Unionskirche Vietnams, der Diem angehört, kam 2012 zunächst in Haft und lebt seit 2017 in den USA.

Offiziell garantiert die Verfassung des kommunistisch beherrschten Landes Glaubens- und Religionsfreiheit. Doch der christliche Glaube wird häufig als westliche Religion angesehen und abgelehnt. Die IGFM und IDEA rufen dazu

auf, in Briefen an den vietnamesischen Präsidenten Nguyen Xuan Phuc die Freilassung des Pastors zu fordern.

## BELARUS

### Weil sie ihrem Gewissen folgen: Katholiken in Belarus unter Generalverdacht

Bei der großen Solidaritätskundgebung der IGFM für die Demokratiebewegung in Belarus in Frankfurt am 18. September 2021 hat der Präsident des Internationalen Rates der IGFM, Bischof Professor Thomas Schirmacher, an die katholischen Priester in belarussischer Haft erinnert. Wie die IGFM dies häufig in Diktaturen beobachtet, werden auch in Belarus bestimmte gesellschaftliche Gruppen – wie

die der Katholiken – unter Generalverdacht gestellt. Der autokratische Präsident Alexander Lukaschenko warf ihnen in der Vergangenheit wiederholt vor, oppositionelle Initiativen zu unterstützen. Auch verdächtigte er sie, heimlich Agenten Polens zu sein.

Einen traurigen Höhepunkt bildete das Vorgehen gegen Erzbischof Tadeusz Kondrusiewicz. Voriges Jahr war er noch Ober-

hirte des Bistums von Minsk-Mahiljou sowie Vorsitzender der katholischen Bischofskonferenz von Belarus. Aktivisten enthüllten, dass Lukaschenko das Ergebnis der Wahl vom 4. bis 9. August 2020 von 80 Prozent gefälscht hatte. Gegenkandidaten waren eingesperrt worden und später flohen Oppositionsvertreter ins Ausland. Proteste gegen die Scheinwahl hielten an, bis es zu Tausenden Festnahmen und mas-

siver Gewalt der Polizei kam, die scharf in die Menge der Versammelten schoss.

Der Erzbischof bezog mutig für die Demokratiebewegung Stellung, plädierte für den Dialog mit ihnen und warnte vor einem Bürgerkrieg. Im August 2020 wurde ihm dann nach einem Auslandsaufenthalt für vier Monate die Wiedereinreise verwehrt. Zum 75. Geburtstag am 3. Januar 2021 trat er von seinen Ämtern zurück. Als Erzbischof folgt ihm nun der 52-jährige Iosif Staneuski nach, der am 14. September 2021 ernannt wurde.

Einige Priester haben auf der Grundlage der kirchlichen Soziallehre für die Bürgerrechtler Partei ergriffen und es gewagt, die Regierung aus Verantwortung vor ihrem Gewissen zu kritisieren. So tat dies auch der Priester Vjaceslav Barok. Er kam im Dezember vorigen Jahres für zehn Tage in Haft, nachdem er ein regimekritisches

Kunstwerk auf Facebook gepostet hatte. Ebenso musste der griechisch-katholische Priester Vitalij Bystrov für zehn Tage hinter Gitter. Er war Beobachter einer Kundge-

larussischen Vitebsk festgenommen. Der Pater, der dort als Gemeindepfarrer eingesetzt ist, veröffentlichte auf einem katholischen Internetportal Predigten. Auf dieser



IGFM-Demonstration für Freiheit und Demokratie in Belarus

FOTO: V.POPAY/IGFM

bung am 25. Oktober 2020. Anschließend unterstellten ihm die Behörden, die Protestierenden unterstützt zu haben.

Am 8. Dezember 2020 wurde der Jesuitenpater Viktor Zhuk aus dem nordostbe-

Plattform wurde auch dazu aufgerufen, für Häftlinge zu beten. Folgt belarussische Christen streng der Bibel, müssten sie sogar Gefangene besuchen, was als eines von sieben „Werken der Barmherzigkeit“ bekannt ist. Am selben Tag kam auch der griechisch-katholische Priester Alyaksei Varanko in Vitebsk hinter Gitter. In staatlichen Medien wird inzwischen gegen Katholiken Hass geschürt: Die staatliche Zeitung Minskaya Pravda unterstellte der katholischen Bevölkerung im

August in einer Karikatur und in einem Artikel Nähe zum Nationalsozialismus. Ihre Bischöfe wehrten sich mutig und vernehmbar. Die IGFM unterstützt auch diesen Einsatz.

## INDIEN

# Christen durch Kontrollen und Verbote gegängelt

Im zentralindischen Bundesstaat Madhya Pradesh sind christliche Gemeindeleiter, insbesondere der „Shalom Mission Church“, einer Pfingstkirche, ins Fadenkreuz örtlicher Behörden geraten. Die Beamten forderten sie in Schreiben mit Fristsetzung auf, sich persönlich mit Angaben zu ihrer Person, so etwa zu ihrer Taufe und Ordinierung, vorzustellen. Im Falle der Pfingst-Gemeinschaft wurden ihre Anhänger sogar unverblümt befragt, ob sie den christlichen Glauben unter Zwang angenommen haben. Indische Menschenrechtler werten dieses Vorgehen eindeutig als Einschüchterungsaktion. Laut Informationen, die der IGFM vorliegen, werden sogar Gebetsgruppen bespitzelt, um belastende Hinweise gegen Neuchristen zu sammeln.

In acht indischen Bundesstaaten verbieten sogenannte Anti-Konversions-Gesetze jegliche missionarische Initiative als „Zwangskonversion“, so auch in Madhya Pradesh. Dies widerspricht klar dem Recht auf Religionsfreiheit im Sinne der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948. Da zahlreiche evangelikale Gemeinschaften auf die Weitergabe ihres Glaubens großen Wert legen, geraten sie schnell in den Fokus behördlicher Beobachtung. Die Beamten werden dabei

durch hindunationalistische Gruppen befeuert und unterstützt. Letztere unterstellen, dass von der kleinen Minderheit von 2,3 Prozent Christen eine Gefahr für die „indische Identität“ ausgehe. Indien hat sich eigentlich eine säkulare Verfassung gegeben und keine Staatsreligion auserkoren. Die Hindu-Radikalen bringen nicht nur die Behörden gegen Minderheiten auf, sondern stacheln auch in der Gesellschaft zu Gewalttaten gegen sie an.

Vor allem seit Beginn der Coronakrise haben die Hassverbrechen gegen Christen stark zugenommen. Von knapp 300 gezielten Angriffen wird aus Indien berichtet. Es ist von einer hohen Dunkelziffer auszugehen. Christen werden öffentlich attackiert und sogar ermordet, die Frauen vergewaltigt, Kirchen dem Erdboden gleichgemacht und Bibeln verbrannt.

Durch ihr überproportional starkes Engagement im Bildungs- und Gesundheitswesen, leisten die Christen einen bedeutenden gesellschaftlichen Beitrag. Dieser Umstand zieht aber inzwischen viel Misstrauen nach sich, da Hindunationalisten der Minderheit bei ihrem Einsatz Eigennutz unterstellen: Sie wollten auf diese Weise für ihren Glauben werben oder arbeiteten heimlich mit Hindufeinden zusammen. Christliche Betreiber von Schu-

len und Krankenhäusern stellen sie auf diese Weise unter Generalverdacht.

Der Jesuitenpater Stan Swamy, „Gefangener des Monats Dezember 2020“ bezahlte für seinen couragierten Einsatz schließlich mit dem Leben: Weil er sich für die Rechte von Adivasi (Indigenen) stark machte, geriet er gar unter Terrorismusverdacht. Die ethnischen Gruppen leben vielfach in Armut und am Rande der noch immer hierarchisch unterteilten Gesellschaft. Im Oktober 2020 kam Pater Swamy ins Gefängnis.

Weltweit unterstützten ihn Initiativen und Gemeinschaften nach Kräften, jedoch vergeblich. Der Antrag der Verteidigung auf Freilassung des 84-jährigen gegen Hinterlegung einer Kaution wurde abgelehnt. Eine fatale Entscheidung: Infolge einer Corona-Infektion erlitt er einen Herzanfall und verstarb daran am 5. Juli 2021. Weil viele Gläubige sich darüber bestürzt zeigten, regte Kardinal Oswald Gracias, Erzbischof von Mumbai und Vorsitzender der katholischen Bischofskonferenz Indiens, an, dieses mutigen Priesters im ganzen Land zu gedenken. Gracias betonte Swamys Vorbildcharakter im Einsatz für die Entrechteten. Diejenigen Inder, die es ihm nachtun, verdienen unsere uneingeschränkte Solidarität.